

Israel: Christlicher und jüdischer Zionismus und die Folgen

Georg Schober

Inhaltsverzeichnis

Von Sykes-Picot zum Völkerbundmandat	1
Balfour-Deklaration.....	1
Sykes-Picot-Abkommen.....	1
Britisches Völkerbundmandat.....	2
Christlicher Zionismus	2
Kreuzritter des 21. Jahrhunderts.....	2
Protozionismus	3
Moses Heß (auch Hess).....	3
Theodor Herzl	5
Konversion versus Zionismus.....	5
Zionismus und Kolonialismus.....	6
Jüdischer Zionismus	6
Alija – einwandern ins Gelobte Land.....	7
Innerzionistischer Konflikt.....	8
Landraub und Enteignung.....	8
Zionistischer Terrorismus	9
Haganah, Irgun und Lehi/Stern-Gruppe.....	9
Zionistischer Terror gegen Juden.....	12
Arabischer Aufstand	13
Palästinensisches Nationalbewusstsein.....	13
Generalstreik – die ersten Kämpfe.....	13
Peel-Kommission.....	14
Aufstand – Massenrebellion.....	14
White Paper on Palestine.....	15
Die Staatsgründung Israels und die Folgen	15
Das Versagen der UN.....	15
Die ethnische Säuberung Palästinas.....	16
Juden im Islam.....	16
Palästinakrieg	17
Kein Staat Palästina.....	18
Streben nach Großisrael.....	18
Jüdische Minderheiten in Israel	19
Mizrahim.....	19
Aschkenasim versus Mizrahim.....	19
Beta Israel und Falas Mura.....	20
Diskriminierende Gesetze	20
In Israel.....	20
In den besetzten Gebieten.....	21
Todesstrafe und Administrativhaft.....	21
Jüdischer Antizionismus	22
Von Brit Shalom zu A Land for All.....	23
Vereint gegen den Zionismus.....	23
Ein gemeinsamer Staat?.....	24
Europa an der Seite des Zionismus	25
Instrumentalisierter Antisemitismus.....	26
Das Schweigen durchbrechen	26
Kunst und Kultur bauen Brücken.....	27
Was tun?.....	27
Weiterführende Literatur	29
Ergänzende Literaturliste	30

Von Sykes-Picot zum Völkerbundmandat

Balfour-Deklaration

1917 verfasst der vom christlichen Zionismus beeinflusste britische Außenminister Lord Arthur Balfour einen Brief, der als Balfour-Deklaration in die Geschichte eingeht. In diesem Schreiben sichert er Walter Rothschild, dem 2. Baron Rothschild, zu, dass die britische Regierung die zionistische Bewegung bei der Errichtung einer „nationalen Heimstätte für das jüdische Volk in Palästina“ unterstützen werde.

His Majesty's Government view with favour the establishment in Palestine of a national home for the Jewish people, and will use their best endeavours to facilitate the achievement of this object, it being clearly understood that nothing shall be done which may prejudice the civil and religious rights of existing non-Jewish communities in Palestine, or the rights and political status enjoyed by Jews in any other country.¹

Die Beweggründe für die Deklaration sind keineswegs humanistisch motiviert. Vielmehr besteht ihre Absicht darin, die infolge der Pogrome im zaristischen Russland entstandene jüdische Flüchtlingswelle nach Palästina umzulenken und zugleich Londons Einfluss im Nahen Osten zu festigen.

Es ist Edwin Samuel Montagu, dem einzigen Juden im damaligen Kabinett von Premierminister Lloyd George, vorbehalten, seine Stimme mahndend zu erheben: „*I wish to place on record my view that the policy of His Majesty's Government is anti-Semitic and in result will prove a rallying ground for Anti-Semites in every country in the world ...*“²

Weiters führt Montagu in seiner Denkschrift aus: „... *it means that Mahommedans and Christians are to make way for the Jews and that the Jews should be put in all positions of preference [...] Perhaps also citizenship must be granted only as a result of a religious test.*“³

Sykes-Picot-Abkommen

In Erwartung der Niederlage des Osmanischen Reiches im Ersten Weltkrieg beginnen bereits 1916, ein Jahr vor der Balfour-Deklaration, Verhandlungen zwischen Großbritannien und Frankreich. Im damals geheimen sogenannten Sykes-Picot-Abkommen koordinieren die beiden Staaten ihre kolonialen Interessen und teilen den Nahen Osten in zwei Einflusszonen auf.

Der Völkerbund erteilt Großbritannien wenige Jahre später zwei Mandate: das Palästina-Mandat (1922–1948) mit den Gebieten westlich und östlich des Jordan und das Mandat über Mesopotamien (1920–1932). Frankreich erhält das Syrien- und Libanon-Mandat (1922–1946). Die Franzosen teilen ihr Mandatsgebiet in sechs semi-autonome Pseudostaaten auf und formen daraus später

1 Balfour-Declaration, November 2nd, 1917. https://avalon.law.yale.edu/20th_century/balfour.asp [11.06.2026].

2 Memorandum of Edwin Montagu on the Anti-Semitism of the Present (British) Government – Submitted to the British Cabinet, August, 1917. <https://britainpalestineproject.org/edwin-montagu-and-zionism-1917/> [11.06.2026].

3 Ebd.

Syrien und den Libanon. Ziel dieser Aufteilung der beiden Mandatsgebiete ist es, den Widerstand ethnischer und konfessioneller Gruppen gegen die Fremdherrschaft zu schwächen.

Britisches Völkerbundmandat

Nachdem Großbritannien das Völkerbundmandat über Palästina erhalten hat, wird die Balfour-Deklaration durch die Aufnahme in die Präambel des Mandatsvertrags rechtsverbindlich.

... whereas the Principal Allied Powers have also agreed that the Mandatory should be responsible for putting into effect the declaration originally made on November 2, 1917, by the Government of His Britannic Majesty, and adopted by the said Powers, in favour of the establishment in Palestine of a national home for the Jewish people, it being clearly understood that nothing should be done which might prejudice the civil and religious rights of existing non-Jewish communities in Palestine, or the rights and political status enjoyed by Jews in any other country; ...⁴

Die Ausübung des Völkerbundmandats durch die Briten ist vom Prinzip „Teile-und-Herrsche“ bestimmt. Ihr Ziel ist es, das Empire um jeden Preis aufrechtzuerhalten. Die britische Präsenz im Nahen Osten, insbesondere als Mandatsmacht in Palästina, ermöglicht dem Vereinigten Königreich die strategische Kontrolle über den Seeweg von Europa nach Asien, vor allem im Hinblick auf Indien als bedeutendste Kolonie.

Christlicher Zionismus

Ursprünglich ist die Idee, Juden und Jüdinnen im Heiligen Land zu versammeln, protestantisch bzw. anglikanisch. So veröffentlicht der englische Arzt Francis Kett (1547–1589) das Werk „The Glorious and Beautiful Garland of Man’s Glorification Containing the Godly Misterie of Heavenly Jerusalem“, in dem er sich mit der Idee der Wiederansiedlung der Juden in Palästina beschäftigt.

Heute ist der christliche Zionismus unter evangelikalen Christen stark verbreitet. Diese legen die Bibel wörtlich aus und glauben, mit der Gründung des Staates Israel 1948 erfülle sich eine alttestamentarische Verheißung. Deren Höhepunkt wird durch Armageddon, die Entscheidungsschlacht aus der Offenbarung des Johannes, und die Wiederkunft Christi gebildet. Sie beziehen sich dabei vor allem auf folgende Bibelstellen: Hesekiel 36,24 und 37,1–14, Sacharja 12–14, Daniel 9,27, Matthäus 24,15–16 und Offenbarung 16,16.

Kreuzritter des 21. Jahrhunderts

Gegenwärtig hat der christliche Zionismus Teile des Offizierskorps der US-Army infiltriert. Pete Hegseth, der selbsternannte Kriegsminister der USA (Secretary of War), bildet die Speerspitze dieser Bewegung in den Streitkräften. Seine Brust ziert ein „Jerusalem Kreuz“. Verstärkt wird die Kreuzrittersymbolik der Tätowierung durch die Worte „Deus vult“, also „Gott will es“, auf seinem rechten Oberarm. Das „Jerusalem Kreuz“ wird von Gottfried von Bouillon, dem „Beschützer des

4 League of Nations Mandate for Palestine (12. August 1922).
[https://content.ecf.org.il/files/M00301%20-%20Text%20of%20the%20British%20Mandate%20for%20Palestine%20\(1922\).pdf](https://content.ecf.org.il/files/M00301%20-%20Text%20of%20the%20British%20Mandate%20for%20Palestine%20(1922).pdf) [11.06.2026].

Heiligen Grabes“, ab 1099 als Wappen genutzt. Heute steht es für eine christlich-zionistisch und islamophob geprägte Sichtweise.

Auch unter weißen *Suprematisten*, sie vertreten die rassistische Ideologie der weißen Vorherrschaft und der neuen Rechten, erfreut sich dieses Kreuz zusehends an Beliebtheit.

Die *Military Religious Freedom Foundation*, eine gemeinnützige Stiftung in den USA, hat über 200 Beschwerden aus mehr als 50 Militäreinrichtungen erhalten. Diese beziehen sich auf Kommandeure, die im Zusammenhang mit dem Krieg gegen Iran auf christliche bzw. christlich-zionistische Rhetorik zurückgreifen. Dabei spielen Endzeit-Prophetie und das Heraufbeschwören von Armageddon oftmals eine zentrale Rolle. Unter anderem wird in einer der Beschwerden ein Kommandant zitiert, der in seinem Briefing der Truppe davon spricht, „*that ,President Trump has been anointed by Jesus to light the signal fire in Iran to cause Armageddon and mark his return to Earth’*“⁵.

Am politischen Parkett sind es neben Pete Hegseth christliche Zionisten wie der US-Botschafter in Israel, Mike Huckabee, ehemals Baptistenprediger und Gouverneur von Arkansas. In einem Interview mit dem Journalisten Tucker Carlson antwortet er auf die Frage, ob Israel ein Recht auf das von Abraham von Gott verheißene Land vom Euphrat bis zum Nil habe, mit den Worten: „*It would be fine if they took it all*“.⁶ Und stärkt so die religiös unterfütterte Allmachtsfantasie eines Großisraels.

Protozionismus

Protozionismus bezeichnet Ideen, Aktivitäten und Strömungen, die im Laufe des 19. Jahrhunderts entstehen und auf die Rückkehr nach Eretz Israel (Land Israel) sowie auf die jüdische nationale Selbstbestimmung ausgerichtet sind. Diese Frühform des Zionismus verfügt weder über ein ausgearbeitetes ideologisches Konzept noch über feste Strukturen oder eine politische Bewegung. Zu den bedeutendsten Vertretern des Protozionismus zählen die Rabbiner Yehuda Bibas (1789–1852), Judah Alkalai (1798–1878) und Zvi Hirsch Kalischer (1795–1874), vor allem aber Moses Heß (1812–1875).

Moses Heß (auch Hess)

Theodor Herzl notiert am 12.7.1901 in seinem Tagebuch:

Ich fuhr [...] am Dienstag nach Aussee, nahm eine Sommerwohnung und fuhr gestern wieder zurück. Die 19 Stunden dieser Hin- und Herfahrt verkürzte mir Heß mit seinem ‚Rom und Jerusalem‘, das ich 1898 in Jerusalem zum ersten Male zu lesen begonnen, aber in Drang und Hast dieser Jahre nie hatte ordentlich zu Ende lesen können. Nun ward ich von ihm entzückt und

5 Military Religious Freedom Foundation: Viral International Media Coverage of MRFF’s Revelation that End-Times-Happy Commanders are Telling Troops Iran War is Part of God’s Plan to Bring Jesus Back. <https://www.militaryreligiousfreedom.org/2026/03/viral-international-media-coverage-of-mrffs-revelation-that-end-times-happy-commanders-are-telling-troops-iran-war-is-part-of-gods-plan-to-bring-jesus-back/> [15.06.2026].

6 US ambassador’s Israel comments condemned by Arab and Muslim nations. BBC, 22. Feb. 2026. <https://www.bbc.com/news/articles/cn5gkkgdzkyo> [15.06.2026].

*erhoben. Welch ein hoher, edler Geist. Alles, was wir versuchten, steht schon bei ihm. Lästig nur das Hegelianische seiner Terminologie. Herrlich, das Spinozistisch-Jüdische und Nationale. Seit Spinoza hat das Judentum keinen größeren Geist hervorgebracht als diesen vergessenen verblaßten Moses Heß!*⁷

Moses Heß wird 1812 in Bonn als Kind einer jüdisch-orthodoxen Unternehmerfamilie geboren. Damals ist das Rheinland Teil des französisch/napoleonischen Herrschaftsbereichs. Die Besetzung der linksrheinischen Gebiete durch das revolutionäre Frankreich 1794/1801 bringt den Juden die rechtliche Emanzipation. Die staatsbürgerliche Gleichstellung wird allerdings teilweise bereits 1808 unter Napoleon mit dem „décret infâme“ und vor allem nach dem Wiener Kongress von 1815 durch Preußen wieder eingeschränkt.

Sein Großvater sorgt dafür, dass er eine strenge orthodoxe Erziehung erhält. Später arbeitet er im Kolonialwarengeschäft des Vaters. Letztlich entscheidet er sich, weder ins Familienunternehmen einzutreten noch für eine Laufbahn als Rabbiner, vielmehr widmet er sich dem intensiven Studium, insbesondere der deutschen und französischen Philosophie.

1837 veröffentlichte er das Buch „Die heilige Geschichte der Menschheit“. Es erscheint anonym und ist ein Schlüsseltext des frühen deutschen Sozialismus. Darin versucht Moses Heß mit Hilfe der Philosophie Spinozas, eine sozialistische Synthese aus Judentum und Christentum zu entwickeln. Seine Überlegungen führen zu einer messianischen Vision sozialer Erlösung, die auf der Abschaffung von Privateigentum beruht.

1843 gehört Moses Heß zu den Gründungsmitgliedern der liberal-demokratischen *Rheinischen Zeitung*, zu der bald auch Karl Marx stößt und zu deren Chefredakteur avanciert. Beide gehören zur Gruppe der Junghegelianer. Diese fordern Reformen und sehen die hegelsche Dialektik als Instrument, das der Kritik an der Wirklichkeit beziehungsweise an Kirche und Staat dient.

Anfang der 1860er Jahre veröffentlicht Moses Heß die Schrift „Rom und Jerusalem. Die letzte Nationalitätsfrage“. In dem Werk formuliert er seine Auffassung, dass Juden, wie alle unterdrückten Völker auf dem Weg zur universellen Emanzipation der Menschheit, einen eigenen Staat benötigen. Er entwickelt darin ein Konzept für die Wiedererrichtung des jüdischen Nationalstaats unter sozialistischen Vorzeichen. Er geht davon aus, dass Juden in Europa immer fremd bleiben, und sieht den Ausweg aus diesem Dilemma in einem Nationalstaat. Folgerichtig fordert Moses Heß, dass mit der Gründung jüdischer Kolonien in Palästina begonnen werden soll, sobald es die politischen Bedingungen erlauben, und verbindet dieses Postulat mit der sozialistischen Idee des Kibbuz.

Innerhalb der jüdischen Gemeinschaft ist er keineswegs unumstritten. So wird dem führenden Vertreter des deutschen Reformjudentums, Rabbiner Abraham Geiger, nachgesagt, Moses Heß als *"alten Romantiker mit neuen reaktionären Plänen"* bezeichnet zu haben.

Moses Heß stirbt 1875 in Paris. Auf seinen Wunsch hin wird er in Köln auf dem jüdischen Friedhof neben seinen Eltern beigesetzt. Nach seinem Tod gerät er in Vergessenheit. Erst mit dem

⁷ Theodor Herzls Tagebücher 1895–1904. Drei Bände. Berlin: Jüdischer Verlag, 1923, zweiter Band, S. 599. <https://archive.org/details/theodorherzlstag02herzuoft/page/598/mode/2up> [15.06.2026].

Aufkommen des politischen Zionismus am Ende des 19. Jahrhunderts wird sein Werk wieder gewürdigt. 1903 versehen die Kölner Sozialdemokraten seinen Grabstein mit der Inschrift „Vater der deutschen Sozialdemokratie“. 1961 werden seine Gebeine nach Israel überführt und dort beigesetzt.

Theodor Herzl

„Der Judenstaat ist ein Weltbedürfnis, folglich wird er entstehen.“⁸

Theodor Herzl (1860–1904), ein österreichisch-ungarischer Schriftsteller und Journalist, gilt als Gründervater des politischen Zionismus. Er versteht es blendend, die europäischen Eliten für den Zionismus zu interessieren. Herzl argumentierte, dass durch die Migration der Juden nach Palästina der wirtschaftliche Wettbewerb und somit auch der Antisemitismus in Europa künftig zurückgehen würden. Außerdem führt er ins Treffen, dass der Zionismus die Kräfte des jüdischen Proletariats zur Gründung eines Staates in Palästina bündeln würde, die andernfalls in Europa zu revolutionären Unruhen führen könnten.

Konversion versus Zionismus

Auf dem Weg zur führenden zionistischen Persönlichkeit seiner Zeit durchläuft er eine erstaunliche Metamorphose.

*Vor ungefähr zwei Jahren wollte ich die Judenfrage mit Hilfe der katholischen Kirche wenigstens in Österreich lösen. Ich wollte mir Zutritt zum Papst verschaffen, nicht ohne mich vorher des Beistandes österreichischer Kirchenfürsten versichert zu haben, und ihm sagen: Helfen Sie uns gegen die Antisemiten, und ich leite eine große Bewegung des freien und anständigen Übertritts der Juden zum Christentum ein.*⁹

Herzl wird durch den Dreyfus-Prozess, er ist zu diesem Zeitpunkt Korrespondent der *Neuen Freien Presse* in Paris, zum Verfassen von „Der Judenstaat. Versuch einer modernen Lösung der Judenfrage“ angeregt. Das Buch wird 1896 veröffentlicht. Der erste Zionistenkongress findet bereits ein Jahr später, 1897, statt.

Aufgrund der breiten Ablehnung des Zionismus unter der jüdischen Bevölkerung, insbesondere unter den religiösen Juden, kann der Kongress nicht wie geplant in München stattfinden. Letztlich wird er im schweizerischen Basel abgehalten. Dort wählen 204 Abgesandte, vor allem aus Europa und Nordamerika, Theodor Herzl zum Präsidenten der *World Zionist Organization* und formulieren im *Basler Programm*: „Der Zionismus erstrebt für das jüdische Volk die Schaffung einer (öffentlich-)rechtlich gesicherten Heimstätte in Palästina.“¹⁰

8 Theodor Herzl: *Der Judenstaat*. Jüdischer Verlag 1920, S. 7.

https://archive.org/details/bub_gb_ixxWAAAAYAAJ/page/n7/mode/2up [12.06.2026].

9 Theodor Herzls Tagebücher 1895–1904. Drei Bände. Jüdischer Verlag 1922, erster Band, S. 7/8.

https://archive.org/details/bub_gb_-O4OAAAQAAJ/page/6/mode/2up [15.06.2026].

10 Erste Zionistenkongress 1897: Basler Programm. https://de.wikipedia.org/wiki/Datei:The_%22Basel_Programm%22_at_the_First_Zionist_Congress_in_1897.jpg [12.06.2026].

Nach Abschluss des Kongresses schreibt Theodor Herzl am 3. September 1897 in sein Tagebuch:

Fasse ich den Baseler Kongreß in ein Wort zusammen – das ich mich hüten werde öffentlich auszusprechen – so ist es dieses: in Basel habe ich den Judenstaat gegründet. Wenn ich das heute laut sagte, würde mir ein universelles Gelächter antworten. Vielleicht in fünf Jahren, jedenfalls in fünfzig wird es jeder einsehen.¹¹

Zionismus und Kolonialismus

Theodor Herzl ist ein kluger Kopf und geschickter Netzwerker. So setzt er sich im Rahmen einer Audienz bei Kaiser Wilhelm II. für die jüdische Besiedlung Palästinas ein.

Da ist das Land unserer Väter, das sich für eine Kolonisierung und Kultivierung eignet. Ew. Majestät haben das Land gesehen. Es schreit nach Menschen, die es bebauen sollen. Und wir haben unter unseren Brüdern ein schreckliches Proletariat. Diese Menschen schreien nach einem Lande, das sie bebauen wollen. Nun möchten wir aus diesen Notständen – des Landes und des Volkes – durch die planvolle Verbindung beider eine neue Wohlfahrt schaffen. Aus dem Entwurf der Ansprache Theodor Herzls an Kaiser Wilhelm II. in Palästina, 18. Oktober 1898.¹²

Als ein weiterer „unverdächtiger Zeuge“ für das Selbstverständnis der Väter des Zionismus als Kolonisatoren kann die Namensgebung des *Jewish Colonial Trust* gelten. Er wird 1899 gegründet und dient dem Zionismus als Instrument der Kapital- bzw. Kreditbeschaffung mit dem Ziel, Land in Palästina zu erwerben.

Der zionistische Staat bedeutet Expansion und Restriktion gegen alles Nichtjüdische in Palästina. Viele seiner Vertreter streben bis heute auf Kosten der palästinensischen Bevölkerung und der benachbarten Staaten ein Großisrael an. Zugleich misst er den Rechten von Juden und Jüdinnen in Israel mehr Bedeutung bei als jenen der nichtjüdischen Bevölkerung.

Jüdischer Zionismus

Im Zionismus manifestiert sich das Leid der europäischen Juden durch Antisemitismus, Pogrome und Schoah. Zugleich ist er ein nationalstaatliches Projekt, das der Tradition der Siedlergewalt in den USA und dem Ethnozid und Völkermord europäischer Kolonialmächte entspricht.

Der Zionismus wird erst gegen Ende des 19. Jahrhunderts jüdisch. Ein wesentlicher Aspekt des Zionismus beruht auf der Überzeugung, dass der Antisemitismus in Europa unausrottbar ist und sich Juden niemals in die europäische Gesellschaft integrieren können.

Nach Ansicht der großen Mehrheit der damaligen Rabbiner verstößt ein zionistisches „Errettungsprojekt“ allerdings gegen die Auslegung der Tora, wonach das jüdische Volk bis zur Ankunft des Messias in der Diaspora verharren müsse. Daher sehen die meisten religiösen Juden den Zionismus und sein Ziel einer staatlichen Selbstorganisation in Palästina anfänglich mit den Werten des Judentums als unvereinbar.

11 Theodor Herzls Tagebücher 1895–1904. Drei Bände. Jüdischer Verlag 1923, zweiter Band, S. 24. <https://archive.org/details/theodorherzlstag02herzuoft/page/24/mode/2up> [15.06.2026].

12 Theodor Herzls Tagebücher 1895–1904. Drei Bände. Jüdischer Verlag 1923, zweiter Band, S. 181. <https://archive.org/details/theodorherzlstag02herzuoft/page/181/mode/1up> [15.06.2026].

Der Zionismus wird von seinen ursprünglich nahezu ausschließlich *aschkenasischen* Vertretern (europäische Juden) als säkulares Projekt initiiert. Von Menschen also, die der jüdischen Religion entfremdet sind und sich gegen Ende des 19. Jahrhunderts der europäischen Lebensart angepasst haben, trotzdem unter Ausgrenzung und Antisemitismus leiden.

Das Ziel der frühen Zionisten ist die Schaffung eines starken und selbstbewussten neuen Menschen. Sie streben nach einem Staat für Juden und Jüdinnen und nicht nach einem jüdischen Staat. Daher distanzieren sie sich unter anderem von ihrer Muttersprache Jiddisch und entwickeln ein neues, zeitgemäßes Hebräisch. Viele dieser Männer und Frauen sind linksorientiert und lehnen das religiöse Judentum ab. Die erste jüdische Siedlung in Palästina wird 1878 gegründet, der erste Kibbuz folgt 1910. Mit der Gründung des Staates Israel 1948 entstehen eine Vielzahl neuer, teils auf den Trümmern zerstörter palästinensischer Dörfer errichteter Siedlerkolonien und Kibbuzim. In Letzteren wird versucht, auf Basis der Aufhebung von Privateigentum Gleichheit und Gerechtigkeit zu leben. Heute sind es nur noch ganz wenige Kibbuzim, die an diesem traditionellen Modell festhalten.

Alija – einwandern ins Gelobte Land

Bereits vor dem 19. Jahrhundert gibt es eine kleine, aber kontinuierliche jüdische Einwanderung ins Gelobte Land. Allerdings stellt diese keineswegs eine organisierte Massenbewegung im zionistischen Sinn dar.

Um 1880 leben in Palästina rund 400.000 bis 460.000 Muslime, zirka 40.000 bis 45.000 Christen (meist Araber) und 15.000 bis 26.000 Juden.

An der ersten zionistischen Einwanderungswelle (*Alija*) zwischen 1882 und 1903 sind 25.000 bis 30.000 Juden und Jüdinnen, vor allem aus dem zaristischen Russland und Osteuropa, beteiligt.

1922 wird eine Volkszählung im Mandatsgebiet durchgeführt. Es werden rund 664.000 arabisch/palästinensische Einwohner, davon 73.000 Christen, gezählt. Die jüdische Bevölkerungsgruppe umfasst zu diesem Zeitpunkt an die 84.000 Menschen.

Die Anzahl der Einwanderer steigt in den darauffolgenden Jahren kontinuierlich und findet in den 30er Jahren des 20. Jahrhunderts im Rahmen der fünften Alija ihren vorläufigen Höhepunkt. Die Verfolgung durch den Nationalsozialismus treibt in dem knappen Jahrzehnt bis 1939 250.000 bis 300.000 Juden und Jüdinnen zur Einwanderung nach Palästina. In diesem Zeitraum verdoppelt sich die jüdische Bevölkerung im Gelobten Land.

In den Jahren 1939–1945 finden nur um die 80.000 Juden, meist aus den besetzten oder zumindest bedrohten Teilen Europas, auf notgedrungen oft illegalen und verschlungenen Wegen nach Palästina.

Unmittelbar nach der Gründung des Staates Israel strömen weitere Hunderttausende Juden, insbesondere aus arabischen Ländern, nach Israel.

Innerzionistischer Konflikt

Ein großer innerzionistischer Konflikt wird in den Jahren zwischen 1917 und 1948 – es ist der Zeitraum zwischen der Balfour-Deklaration und der Staatsgründung Israels – ausgefochten. Er entzündet sich an der Frage, ob ein Staat für Juden und Jüdinnen angestrebt werden soll oder ein jüdischer Staat zu präferieren ist.

Der langjährige Präsident der *Zionistischen Weltorganisation* und spätere israelische Präsident Chaim Weizmann (1874–1952) lehnt einen jüdischen Staat ab und vertritt den Standpunkt, dass Juden in Palästina weder dominieren sollen noch dominiert werden wollen. Diese Sichtweise steht implizit für eine Zweistaatenlösung in Palästina. Sein Gegenspieler ist ab den 1920er Jahren der Ultra-Nationalist Zeev Jabotinsky (1880–1940). Er repräsentiert den revisionistischen Zionismus, dessen zentrale Forderungen in einem jüdischen Nationalstaat beiderseits des Jordan und einem starken Militär bestehen. Die Grundthese seines Essays „Die eiserne Mauer“ / „The iron wall“ aus dem Jahre 1923 geht davon aus, dass eine Einigung zwischen Zionisten und palästinensischen Arabern auf absehbare Zeit unrealistisch sei.

*Zionist colonisation must either stop, or else proceed regardless of the native population. Which means that it can proceed and develop only under the protection of a power that is independent of the native population – behind an iron wall, which the native population cannot breach.*¹³

Die Ideologie des revisionistischen Zionismus übt bis in die Gegenwart einen erheblichen Einfluss auf die rechtsnationalistische Likud-Partei aus, die politische Heimat von Benjamin Netanjahu.

David Ben-Gurion, der zukünftige erste Ministerpräsident Israels, übernimmt Jabotinskys Programm. Bereits Ende der 1930er Jahre beginnt er mit der Planung und Vorbereitung zur Vertreibung und Enteignung der arabischen Bevölkerung. Er festigt seine dominante Stellung in der zionistischen Bewegung und ist spätestens Anfang der 1940er Jahre unangefochten, während Weizmann zusehends an Einfluss verliert. 1948 wird Chaim Weizmann zum ersten Präsidenten Israels gewählt und hat diese Position bis zu seinem Tod 1952 inne.

Landraub und Enteignung

1948, zum Zeitpunkt der Staatsgründung Israels, besitzen Juden ungefähr 7 % des Landes, während Palästinenser mehr als 80 % des Bodens ihr Eigen nennen. In den Jahren danach wird dieses Verhältnis auf den Kopf gestellt. Heute verfügen die Palästinenser innerhalb der international anerkannten Grenzen Israels über weniger als 4 % des Bodens, während der israelische Staat über circa 93 % des Landes verfügt.

Mit Hilfe des Gesetzes über das Eigentum von Abwesenden (1950) eignet sich Israel das Land der Vertriebenen an. Das heißt, Grund und Boden von palästinensischen Flüchtlingen, die sich zu diesem Zeitpunkt außerhalb des israelischen Staatsgebiets befinden und nicht zurückkehren dürfen, wird quasi verstaatlicht.

¹³ The Jabotinsky-Institute: Zeev Jabotinsky: The Iron Wall. <https://en.jabotinsky.org/media/9747/the-iron-wall.pdf> [18.06.2026].

Der jüdische Staat nimmt auch Grund und Boden von palästinensischen Binnenflüchtlingen in Besitz. Diese sind ebenfalls Opfer der *Nakba* (Vertreibung des palästinensischen Volkes in den Jahren zwischen 1947 und 1949), halten sich aber innerhalb der israelischen Staatsgrenzen auf. 1950 gehört fast ein Drittel der in Israel lebenden palästinensischen Bevölkerungsgruppe dieser Kategorie an.

In diesem Zusammenhang ist auch das Gesetz über den Erwerb von Land aus dem Jahre 1953, trotz seiner nur ein Jahr währenden Gültigkeit, zu erwähnen.

Nach Kriegsende 1949 fordern die Vertriebenen die Rückgabe ihres Landes. Um den Palästinensern den Zugang zu ihrem Land weiterhin zu verunmöglichen, ergreift Israel eine Reihe von Maßnahmen: Es schränkt ihre Bewegungsfreiheit ein; nutzt Notstandsverordnungen, um landwirtschaftliche Flächen zu geschlossenen Militärzonen zu erklären, und errichtet eine sogenannte Sicherheitszone entlang der Staatsgrenze. Diese darf von israelischen Staatsbürgern mit palästinensisch-arabischer Abstammung nicht betreten werden.

Als dies nicht ausreicht, wird das „Gesetz über den Erwerb von Land“ beschlossen. Die rechtswidrige Situation wird mittels dieses Gesetzes nicht nur rückwirkend legitimiert, sondern auch Land vorsorglich für zukünftige Ansiedlungen „erworben“.

Seither ist es insbesondere zu Beginn der 1960er Jahre und Mitte der 1970er Jahre zu umfangreichen Enteignungen gekommen. Neben der Vertreibung und dem Ausbau der illegalen Siedlungen im Westjordanland versucht die israelische Regierung in den letzten Jahren, Land im Negev zu vereinnahmen, wobei sie immer wieder Häuser in Beduinensiedlungen zerstört.¹⁴

Zionistischer Terrorismus

Ben-Gurion notiert in seinem Tagebuch am 24.5.1948:

Wir werden einen christlichen Staat im Libanon schaffen, dessen Südgrenze der Litani sein wird. Wir werden Transjordanien brechen, Amman bombardieren und seine Armee vernichten, und dann fällt Syrien, und wenn Ägypten immer noch weiterkämpft – dann bombardieren wir Alexandria, Port Said und Kairo. Das wird die Vergeltung für das, was sie (die Ägypter, die Aramäer und die Assyrer) unseren Vorfahren in biblischer Zeit angetan haben.¹⁵

Haganah, Irgun und Lehi/Stern-Gruppe

Haganah (Schutz/Verteidigung): Im Jahr 1909 erfolgt die Gründung von *Hashomer* (Wächter), an der unter anderem David Ben-Gurion maßgeblich beteiligt ist. Ihre Losung lautet: „*Judäa ging durch Blut und Feuer verloren und wird durch Blut und Feuer wieder auferstehen.*“ 1920 wird *Hashomer* aufgelöst und in eine neu gegründete Struktur, die *Haganah* (Verteidigung), überführt. Später schmuggelt sie Waffen ins Land und stellt Handfeuerwaffen, Granaten, Mörsermunition und Raketen auch in kleinen Werkstätten selbst her.

14 Gadi Algazi: Wem gehört das Land? Landbesitz und Ungleichheit in Israel. Rosa-Luxemburg-Stiftung, Israel Office. <https://rosalux.org.il/de/politik/ungleichheit-israel/> [12.06.2026].

15 Ilan Pappé: Die ethnische Säuberung Palästinas. Westend, 4. Auflage 2024, S. 198.

Schon zuvor, spätestens in den 1930er Jahren, beginnt die Haganah, sogenannte Dorfdossiers anzulegen. Topografen und Orientalisten liefern präzise und umfassende Unterlagen, die für jedes einzelne palästinensische Dorf zusammengestellt werden. Sie betreffen geografische, wirtschaftliche, soziale und politische Zusammenhänge und werden 1947/1948 genutzt, um die ansässige Bevölkerung zu terrorisieren und zu vertreiben.

Gleichzeitig wird ein Netz von Spitzeln aufgebaut und ein „Index der Feindseligkeit“ erstellt. Er richtet sich je nach dem Beteiligungsgrad des Dorfes am Aufstand von 1936–1939. Die Liste umfasst die Namen von Personen, die am Aufstand beteiligt waren oder die einen Angehörigen bei den Kämpfen verloren haben. Besondere Aufmerksamkeit erhalten jene Palästinenser, die angeblich Juden getötet haben. Insbesondere diese letzten Angaben führen 1948 zu Folterungen und Massenerschießungen.

In der Zeit des Zweiten Weltkriegs treten zahlreiche *Haganah*-Mitglieder in die britische Armee ein und sammeln militärische Erfahrungen. Nach Kriegsende 1945 beginnt die *Haganah*, in der Absicht, so die Staatsgründung Israels zu beschleunigen, mit Anschlägen gegen das britische Militär. Die Zahl der Mitglieder der *Haganah* wird für 1948, je nach Quelle, mit 40.000 bis 60.000 Kämpfern angegeben. Diese bilden die Basis der israelischen Armee (IDF – *Israel Defense Forces*).

In den *Haganah*-Richtlinien zur Behandlung der Kriegsgefangenen heißt es: „*Die Freilassung oder Eliminierung eines Gefangenen bedarf einer Genehmigung des Geheimdienstoffiziers.*“¹⁶

Irgun Zvai Leumi (Nationale Militärorganisation): 1931 spaltet sich die *Irgun* von der „moderaten“ *Haganah* ab. Sie ist der militärische Flügel des revisionistischen Zionismus. Dessen Gallionsfigur Vladimir Jabotinsky leitet die *Irgun* von 1937 bis zu seinem Tod im Jahr 1940. Menachem Begin organisiert die *Irgun* ab 1942 neu und ruft zum Aufstand gegen das britische Mandatsregime in Palästina auf. Er leitete eine Reihe von Terroranschlägen gegen britische und palästinensisch-arabische Ziele. Der Bekannteste ist die Sprengung des Südflügels des Hotels King David 1946, in dem die britische Mandatsmacht einquartiert war. 91 Menschen – Briten, Araber, Juden – kommen ums Leben.

Nach der Gründung des Staates Israel vertritt der spätere Ministerpräsident Menachem Begin die Ansicht, dass nicht das gesamte Heimatland befreit worden ist. Seine Vision ist ein Großisrael zwischen Nil und Euphrat. Letztlich einigt er sich mit dem israelischen Staat. Die *Irgun* wird entwaffnet und in eine politische Bewegung namens *Herut* (Freiheit) umgewandelt. 1973 ist sie an der Gründung des *Likud*, der Partei des derzeitigen Ministerpräsidenten Benjamin Netanjahu, beteiligt.

Lehi (Löchamej Cherūt Jisra'el) / „Kämpfer für Israels Freiheit“ oder Stern-Gruppe: 1940 wird *Lehi* von ehemaligen Mitgliedern der *Irgun* gegründet. Ihr Führer ist Avraham Stern, Kampfname Yair (der Erleuchtete), eine Reminiszenz an Eleasar ben Ja'ir, den Kommandanten der Zeloten bei der Belagerung von Masada im Jahr 73 n. Chr. Trotz des Zweiten Weltkriegs will Stern den Kampf gegen die Mandatsmacht in Palästina fortsetzen und wendet sich gegen die Einberufung

16 Ilan Pappé: Die ethnische Säuberung Palästinas. Westend, 4. Auflage 2024, S. 265.

von Juden in die britische Armee. Seine politische Vision besteht wie bei Begin aus einem Staat, der sich vom Nil bis zum Euphrat erstreckt.

Avraham Stern ist bereit, mit jedem zusammenzuarbeiten, der den Kampf gegen Großbritannien in Palästina unterstützt. Er nimmt Kontakt zu Mussolinis faschistischem Italien und zum nationalsozialistischen Deutschland auf. Unter seiner Führung werden sowohl Vertreter der britischen Mandatsmacht als auch jüdische „Kollaborateure“, Menschen, die mit der Mandatsmacht zusammenarbeiten, ermordet. 1942 wird Avraham Stern von der britischen Polizei in seinem Versteck erschossen. Die Organisation wird danach durch umfangreiche Verhaftungen stark geschwächt.

1942/43 wird *Lehi* unter neuer Führung von Yitzchak Shamir und anderen wiederbelebt. Gemeinsam mit der *Irgun* ist sie beispielsweise 1948 für das Massaker von Deir Yassin mit 93 ermordeten Dorfbewohnern verantwortlich. Der damals zwölfjährige Fahim Zaydan erinnert sich:

Sie holten uns nacheinander heraus, erschossen einen alten Mann, und als eine seiner Töchter schrie, erschossen sie sie ebenfalls. Dann riefen sie meinen Bruder Muhammad und erschossen ihn vor unseren Augen, und als meine Mutter sich schreiend über ihn beugte – sie hatte noch meine kleine Schwester Hudra im Arm, die sie gerade stillte –, erschossen sie sie auch.¹⁷

Ebenso gehen die Attentate auf den britischen Nahostminister Lord Moyne 1944 in Kairo, er gilt als Symbol für die britischen Einwanderungsbeschränkungen nach Palästina, und 1948 auf den UN-Nahostvermittler Graf Folke Bernadotte auf das Konto der *Lehi/Stern-Gruppe*.

Bernadotte muss sterben, weil er den Ausgleich und eine gerechte Lösung für Palästinenser und Juden sucht. Er tritt im Sinne einer verbesserten Praktikabilität für eine Anpassung der ursprünglich im Teilungsplan der UN festgelegten Grenzen ein. Sein erster Entwurf sieht eine föderale Lösung mit zwei weitgehend selbstverwalteten Staatsgebieten vor, die von einem Zentralrat als gemeinsame Klammer zusammengehalten werden. In seinem zweiten Entwurf, den er stärker an die politische Realität vor Ort anzupassen sucht, geht er von zwei unabhängigen Staaten aus. Beide Entwürfe fokussieren auf eine Lösung in Zusammenhang mit dem Rückkehrrecht der vertriebenen arabischen Bevölkerung und der Entschädigungsfrage.

Die israelische Regierung nutzt die Gelegenheit, die ihr die Ermordung von Graf Folke Bernadotte bietet, um 1948 die militärische Struktur von *Lehi* zu zerschlagen.

Viele der führenden Köpfe dieser sich terroristischer Methoden bedienenden Organisationen werden nach der Staatsgründung Israels hohe Offiziere der IDF, Minister und Premierminister, wie David Ben-Gurion (*Haganah*), Golda Meir (*Haganah*), Menahem Begin (*Irgun*) und Yitzchak Shamir (*Irgun/Lehi*). Deren Ideologie prägt den israelischen Staatsapparat bis in die Gegenwart. Ihre Taten in und nach der Mandatszeit finden ihre Entsprechung in den Strukturen des heutigen israelischen Staates.

¹⁷ Ilan Pappé: Die ethnische Säuberung Palästinas. Westend, 4. Auflage 2024, S. 130.

Zionistischer Terror gegen Juden

Jacob Israël de Haan, ein niederländischer Rechtsanwalt und Schriftsteller, reist 1919 nach Palästina. Sein Selbstverständnis als säkularer Zionist hindert ihn nicht, sich von Beginn an für Verständigung mit der arabisch/palästinensischen Bevölkerung einzusetzen. Vor Ort wird De Haan zum Baal Teschuwa (Rückkehr zu Gott) und beauftragt, die Haredim-Gemeinschaft (streng orthodoxe Juden) auf diplomatischer Ebene zu vertreten.

Er hofft, dass die arabische Bevölkerung den Juden erlaubt, nach Palästina zu ziehen. Im Gegenzug will er, dass die jüdischen Führer die Balfour-Erklärung aufgeben, die eine jüdische Heimstätte in Palästina unterstützt.

De Haan befürwortet die Idee eines palästinensischen Staates als Teil einer Föderation. Im Juli 1924 will er mit einer Gruppe von *Charedim* nach London reisen, um dort der zionistischen Ideologie entgegenzutreten. Kurz vor seiner Abreise wird er beim Verlassen einer Synagoge von Avraham Tehomi, einem Mitglied der *Haganah*, erschossen. Tehomi wird von Shlomo Nakdimon, dieser ist einer der Autoren des 1985 veröffentlichten Buches „De Haan: The First Political Assassination in Palestine“ in Hongkong interviewt. Er erklärt: „*I have done what the Haganah decided had to be done. And nothing was done without the order of Yitzak Ben-Zvi. I have no regrets because he [de Haan] wanted to destroy our whole idea of Zionism.*“¹⁸

Literarisch findet die Vita von de Haan ebenfalls ihren Niederschlag. Das Leben und der Tod de Haans bilden die Grundlage für Arnold Zweigs Roman „De Vriendt kehrt heim“. Dieser wird 1932 veröffentlicht, ein Jahr, bevor Arnold Zweig ins Exil gehen muss und im nationalsozialistischen Deutschland die Scheiterhaufen, auch mit seinen Büchern, brennen.

Ein weiteres Ereignis, das, wenn auch nicht geplant, Juden durch einen Anschlag der *Haganah* tötet, ist der Untergang des Passagierschiffes Patria: Ende des Jahres 1940 ankert die Patria mit jüdischen Flüchtlingen aus Deutschland, Österreich und der Tschechoslowakei im Hafen von Haifa. Da die Quote für die legale Einreise nach Palästina bereits ausgeschöpft ist, plant die Mandatsmacht, die Menschen in die britische Kolonie Mauritius zu deportieren. Die *Haganah* versucht, dies mit einer spektakulären Aktion zu verhindern. Statt das Schiff mittels zweier Explosionen im Hafen wie geplant lediglich auf Grund zu setzen, kentert es nach der Explosion nur einer Bombe. Zu diesem Zeitpunkt befinden sich ca. 2.000 Flüchtlinge, 130 Besatzungsmitglieder und britische Bewacher an Bord. Das Schiff sinkt innerhalb weniger Minuten, 260 Menschen sterben. Den überlebenden Juden wird der Aufenthalt in Palästina gestattet.

18 Shlomo Nakdimon; Shaul Mayzlish (1985). De Haan: ha-retsah ha-politi ha-rishon be-Erets Yisra'el / De Haan: The first political assassination in Palestine (in Hebrew) (1st ed.). Tel Aviv: Modan Press, 1985. Siehe dazu auch: <https://thebaffler.com/latest/for-god-or-the-moroccan-boy-de-haan> [20.06.2026].

Arabischer Aufstand

Der Große Arabische Aufstand in den Jahren 1936 bis 1939 ist ein zentrales Ereignis der Geschichte Palästinas, das die Palästinenser nachhaltig schwächt und maßgeblich den Verlauf der *Nakba* beeinflusst.

Mehr als die Hälfte der moslemischen Araber waren Bauern, die etwa die Hälfte des Bodens von Palästina bebauten und dies mit Methoden, die sich seit biblischen Tagen nur wenig geändert hatten. Der Hauptgrund für diese Situation liegt sowohl in der Armut des Bodens wie in derjenigen der Bauern und beide Faktoren sind miteinander verbunden und halten die erfolglosen Einwohner in einem Status von ständiger Verschuldung. Der Araber war weder faul noch sorglos. Sein eisenbeschlagener Holzpflug und seine Sichel für die Ernte waren die effektivsten Geräte, die innerhalb seiner Möglichkeiten lagen. Verbesserter Anbau und die Ausdehnung der bebauten Gebiete waren nur mit Kunstdünger und Bewässerung möglich. Beides konnte sich der Landwirt nicht leisten. Ein großer Teil des Landes gehörte einer kleinen Anzahl von Grundbesitzern, von denen manche außerhalb des Landes lebten und an den Bedingungen ihrer Pächter ganz und gar uninteressiert waren. [...] Ein Zehntel der moslemischen Araber waren immer noch wandernde Hirten, die in Stämmen lebten und ihre Herden auf großen, jedoch nur vage abgegrenzten Weiden grasen ließen. [...] Die christlichen Araber lebten mehr in der Stadt und stellten einen hohen Anteil an Berufstätigen, Beamten und Handwerkern. Ein reicher Moslem war meistens unabänderlich ein Landbesitzer. Ein reicher Christ war oft ein Kaufmann oder Beamter. Das städtische Proletariat war klein, denn große Städte gab es nur wenige und das kommerzielle oder industrielle Leben war extrem rückständig.¹⁹

Palästinensisches Nationalbewusstsein

Anfang der 1930er Jahre erstarkt das politische Bewusstsein der arabischen Bevölkerung Palästinas, und sie beginnt zu erkennen, Teil einer eigenständigen Nation zu sein. Die Bevölkerung ist zu diesem Zeitpunkt politisch und sozial stark gespalten und steht wirtschaftlich unter hohem Druck. Die gebildeten und wohlhabenden Eliten sind auf die Städte konzentriert, während die Mehrheit der Menschen unter einfachsten Bedingungen in den Dörfern lebt. Die Steuerpolitik der Briten und der jüdischerseits strategisch betriebene Landkauf erschweren die ohnedies angespannte ökonomische Lage, insbesondere der Kleinbauern und Pächter. Immer mehr Menschen verarmen und müssen sich als Landarbeiter verdingen oder strömen auf der Suche nach Arbeit in die größeren Städte.

Generalstreik – die ersten Kämpfe

Die ablehnende Haltung gegenüber der *Alija*, der jüdischen Einwanderung nach Palästina, und der wachsende Widerstand gegen die britische Politik führen im Frühjahr 1936 zu einem landesweiten Generalstreik. Parallel dazu entwickelt sich der bewaffnete Kampf. Erst vereinzelt, später zunehmend organisiert, werden britische Soldaten, Polizeistationen und jüdische Siedlungen angegriffen. Politischer Druck, die nahende Zitrusfruchternte sowie die Zusage der Mandatsmacht, eine Kommission einzurichten, führen nach sechs Monaten zum Ende des Generalstreiks und zu einem Waffenstillstand.

19 James Parkes, Palestine, Oxford Pamphlets on World Affairs No. 31, Oxford u. a. 1940, Nachdruck 1941; S. 5-6. Deutsch in Auszügen ohne Seitenangaben (05.04.2002). Zit. nach Papierblatt „Zeitzeugen berichten“. Kapitel 31.2. Hintergrund: Palästina – Land, Bewohner, Mandatsregierung. <https://www.papierblatt.de/papirblat/biografie-kapitel-31-2.html> [14.06.2026].

Peel-Kommission

Im November 1936 trifft die *Palestine Royal Commission*, nach ihrem Vorsitzenden Lord Peel auch *Peel-Kommission* genannt, in Palästina ein. Sie hört unter anderem 113 Zeugenaussagen von Juden, Briten und Palästinensern. Im Juli 1937 wird der über 400 Seiten starke Abschlussbericht veröffentlicht. Seine Conclusio besteht in der Beendigung des britischen Mandats und der Aufteilung Palästinas unter Juden und Arabern: Für den palästinensischen Staat sind etwa 70 % bis 75 % des Landes vorgesehen; für das jüdische Staatsgebiet zwischen 17 % und 20 %. Die Fläche der internationalen Zone, unter anderem mit einem Korridor zwischen Jerusalem und Jaffa, kommt auf rund 8 %. Wobei der arabisch/palästinensische Teil mit Transjordanien unter Abdallah ibn Husain I. vereint werden soll.

Die Palästinenser lehnen eine Vereinbarung, die ihnen die Anerkennung als Volk und ihr Recht auf Selbstbestimmung verweigert, ab. Während die Zionisten die Teilung vom Grundsatz her akzeptieren, aber einen für sie günstigeren Teilungsplan vorschlagen. Ohne Konsens der beiden Volksgruppen über die Annahme des Plans ist dieser zum Scheitern verurteilt.

Aufstand – Massenrebellion

Im September 1937 wird der Berater der *Peel-Kommission*, Lewis Andrews, von Palästinensern erschossen. Der Aufstand flammt wieder auf und entwickelt sich zu einer Massenrebellion. Das britische Militär verliert zeitweise die Kontrolle über Teile von Palästina, und es gelingt den Aufständischen im Oktober 1938, die Jerusalemer Altstadt vorübergehend zu besetzen.

Um den Aufstand niederzuschlagen, bringen die Briten zusätzliche Truppen ins Land und bewaffnen 3.000 jüdische Hilfspolizisten (*Notrim/Wächter*). Das Militär geht brutal gegen die Aufständischen vor. Menschen werden gefoltert, zahlreiche Dörfer zerstört und Hunderte Mitglieder der palästinensischen Führungselite inhaftiert, verbannt oder getötet.

Alte Rivalitäten brechen innerhalb der palästinensischen Eliten wieder auf und schwächen die Aufstandsbewegung. Die Briten nutzen die Situation und vertiefen die Spaltung der palästinensischen Gesellschaft, indem sie an einige lokale arabische „Friedensgruppen“ Waffen ausgeben. 1939 sind alle Anführer des Aufstands getötet, im Gefängnis oder auf die Seychellen und in andere Kolonien des British Empire verbannt.

Zurück bleiben neben zerstörten Dörfern etwa 500 tote Juden und 250 Todesopfer unter den Briten. Den höchsten Blutzoll entrichten die Palästinenser mit mindestens 5.000 Toten, viele von ihnen unbewaffnete Dorfbewohner.

Das Scheitern des Aufstands und die Gewalt in den eigenen Reihen fügen der palästinensischen Gesellschaft, ihrem Sozial- und Wirtschaftsgefüge, tiefe und dauerhafte Wunden zu, sodass sie ein knappes Jahrzehnt später der Vertreibung durch die Zionisten nichts entgegenzusetzen haben.

White Paper on Palestine

Nachdem der Teilungsplan der *Peel-Kommission* Schiffbruch erlitten hat, veröffentlicht die britische Regierung im Frühjahr 1939 das *White Paper on Palestine*. In dem Weißbuch erklärt sie, dass sie keinen jüdischen Staat in Palästina anstrebt. Das Ziel ihrer Politik sei es vielmehr, innerhalb von 10 Jahren ein unabhängiges Palästina zu schaffen. In diesem künftigen Einheitsstaat sollen Palästinenser und Juden gemeinsam regieren. In den Jahren 1939–1944 wird die jüdische Einwanderung auf insgesamt 75.000 Personen beschränkt. Weitere jüdische Immigration wird danach nur mit arabischer Zustimmung möglich sein. Weiters sieht das Weißbuch vor, dass der britische Hochkommissar in Palästina die Befugnis erhält, Landverkäufe zu regulieren oder zu verbieten, um die arabische Bevölkerung vor weiterer Verdrängung zu schützen.

Das Weißbuch ist der Versuch einer Kompromissfindung zwischen imperialen Eigeninteressen, den arabischen Forderungen und zionistischen Erwartungen. Während die palästinensische Bevölkerung nach dem Scheitern des Aufstands geschwächt und weitgehend führerlos zurückbleibt, arbeiten die Zionisten systematisch an der Staatsgründung und bauen ihre militärischen Fähigkeiten auf.

Die Staatsgründung Israels und die Folgen

Die UN-Resolution 181 wird im November 1947 von der Generalversammlung der Vereinten Nationen angenommen. Sie sieht die Beendigung des britischen Mandats vor, um danach das unabhängige Palästina in zwei Staaten mit Wirtschaftsunion aufzuteilen. Für Jerusalem ist ein Sonderstatus unter internationaler Kontrolle vorgesehen.

Das Mandat endet am 14. Mai 1948 um Mitternacht, und der zukünftige erste Ministerpräsident Israels, David Ben-Gurion, verliest die israelische Unabhängigkeitserklärung.

Zu diesem Zeitpunkt leben rund 1,4 Millionen Palästinenser/Araber, etwa 650.000 Juden und 145.000 Christen in Palästina. Der UN-Teilungsplan sieht für den jüdischen Staat rund 56 % der Gesamtfläche des Mandatsgebiets vor, für den arabischen Staat rund 43 %.

Das Versagen der UN

Die UN-Resolution enthält klare Bestimmungen. So verpflichtet sich die UN, jeden Versuch der einen oder anderen Seite, Land zu enteignen, das sich im Besitz von Bürgern des anderen Staates befindet, zu unterbinden.

Die UN-Emissäre in Palästina nehmen die Vertreibung der palästinensischen Bevölkerung zwar wahr und bemühen sich um eine Änderung des Teilungsplans. Im Endeffekt bleibt es beim Beobachten der ethnischen Säuberungen und dem Verfassen von Berichten, ohne dass weitere Maßnahmen ergriffen werden.

Noch zur Mandatszeit unter den Augen des britischen Militärs beginnt die *Nakba* des palästinensischen Volkes. Parallel dazu erlaubt Großbritannien unter Verletzung der Teilungsresolution der UN in Palästina kein organisiertes UN-Gremium vor Ort.

Nach dem Abzug der Mandatsmacht und dem Inkrafttreten des Teilungsplanes gibt es allerdings keine Rechtfertigung für das Versagen der Vereinten Nationen. Diese liefert die palästinensische Bevölkerung der zionistischen Gewalt schutzlos aus.

Die ethnische Säuberung Palästinas

Die ethnische Säuberung Palästinas (*Plan Dalet*, deutsch, Plan D) unter Führung von Moshe Dayan, Menachem Begin und Yitzchak Rabin wird konsequent fortgeführt und ausgeweitet.

Diese Operationen lassen sich folgendermaßen durchführen: entweder durch Zerstörung von Dörfern (indem man sie in Brand setzt, sprengt und die Trümmer vermint) und insbesondere von Wohngebieten, die auf Dauer schwer zu kontrollieren sind, oder durch Durchsuchungs- und Kontrolloperationen nach folgenden Richtlinien: Umstellen und Durchkämmen der Dörfer. Im Fall von Widerstand sind die bewaffneten Kräfte auszuschalten und die Einwohner über die Landesgrenzen hinweg zu vertreiben.^{20 21}

Bis 1949 werden 11 Stadtviertel und 531 palästinensische Dörfer zwangsgeräumt, viele dem Erdboden gleichgemacht. Vergewaltigungen, Plünderungen und Massaker erzeugen ein Klima der Angst und Verzweiflung. Tausende Palästinenser, Männer, Frauen, Kinder werden ermordet und mindestens 750.000 Menschen verlieren ihre Heimat.

Verantwortlich für diese Verbrechen sind *Haganah*, *Irgun* und *Lehi/Stern-Gruppe*, aber auch die IDF ist ab dem Zeitpunkt ihrer Gründung im Mai 1948 an der Vertreibung und den Gräueltaten beteiligt.

Juden im Islam

Viele Jahrhunderte lang stellt sich die Situation der Juden in Palästina und im Nahen Osten anders als in Europa dar. Der Nahe Osten ist seit 1516/1517 größtenteils vom Osmanischen Reich beherrscht. Juden und Christen leben als *Dhimmis* (geschützte Minderheit) in einer feudal geprägten Gesellschaft. Die Reform im 19. Jahrhundert hebt die *Dschizya-Steuer* (eine Kopfsteuer für Juden und Christen) auf und verspricht Gleichheit vor Gericht sowie Zugang zu Ämtern im Staat. Die Umsetzung bleibt unvollständig. Trotzdem leben hunderttausende Juden in Städten wie Istanbul, Bagdad und Jerusalem meist sicherer als in großen Teilen Europas. Sie üben ihre Religion aus, sprechen die Sprache des jeweiligen Landes, „nit af yidish“, und sind weitgehend integriert.

20 Ilan Pappé: Die ethnische Säuberung Palästinas. Westend, 4. Auflage 2024, S. 120.

21 Siehe auch Walid Khalidi: Plan Dalet: Master Plan for the Conquest of Palestine, Journal of Palestine Studies, 18/69 (Herbst 1988), S. 4–20. <https://www.palestine-studies.org/sites/default/files/attachments/jps-articles/Plan%20dalet.pdf> [12.06.2026].

Durch den Palästinakrieg 1947–1949 und die Staatsgründung Israels 1948 ändert sich die Situation allerdings grundlegend, und eine umfangreiche Fluchtbewegung aus den arabischen Staaten nach Israel setzt ein. Siehe auch das Kapitel „Jüdische Minderheiten in Israel: Mizrahim“.

Trotz des jahrzehntelangen Konflikts zwischen Israel und Iran befindet sich die größte jüdische Gemeinde in der islamischen Welt heute im Iran. Wenn auch nach der Gründung Israels 1948 und der Errichtung der Islamischen Republik Iran 1979 die Zahl der Juden stark rückläufig ist, sprechen Schätzungen aktuell meist von an die 10.000 Menschen jüdischen Glaubens im Iran. Sie leben mehrheitlich in Teheran und Isfahan. Die jüdische Gemeinde verfügt über einige Synagogen, Schulen und gemeindeeigene Einrichtungen. Die Verfassung erkennt Juden neben Christen und Zoroastriern als religiöse Minderheit an. Obwohl sie einer Reihe von Einschränkungen durch die Gesetze der Islamischen Republik unterworfen sind, verstehen sie sich trotzdem als Teil des gesellschaftlichen und sozialen Lebens des Landes und sind ein integraler Bestandteil Irans.

Palästinakrieg

Der Palästinakrieg in den Jahren 1947–1949 beginnt nach der Verabschiedung des Teilungsplans mit lokalen Kämpfen. Ab Dezember 1947 greift die *Arabische Befreiungsarmee* ein. Diese multinationale Truppe umfasst 3.000 bis 4.000 Mann und hat von der Arabischen Liga den Auftrag, den Schutz arabischer Bevölkerungszentren sicherzustellen.

Nach der Unabhängigkeitserklärung Israels im Mai 1948 rücken umgehend zusätzliche militärische Verbände aus Ägypten, Syrien, Jordanien, Irak und Libanon in das ehemalige britische Mandatsgebiet ein. Allerdings reicht die Anwesenheit der *Arabischen Befreiungsarmee* und der kleinen nationalstaatlichen Kontingente an arabischen Truppen zu keinem Zeitpunkt aus, um die ethnische Säuberung in Palästina zu stoppen, geschweige denn, Israel zu zerstören.

Abdallah I., König von Transjordanien, ist der einzige arabische Vertreter, der den Teilungsplan der UNO für Palästina akzeptiert. Er trifft mit Israel ein Geheimabkommen, in dem er zusagt, den jüdischen Teil Palästinas nicht anzugreifen. Im Gegenzug wird ihm die Kontrolle über das palästinensische Westjordanland, einschließlich Ostjerusalem, bestätigt. So ist Jordaniens *Arabische Legion* von 2.000 bis 4.000 gut ausgebildeten Soldaten von Beginn an weitestgehend neutralisiert.

Das ägyptische Kontingent von 5.000 bis 10.000 Mann – die Angaben unterscheiden sich stark je nach Quelle – ist mit Abstand die zahlenmäßig stärkste Einheit und besteht zur Hälfte aus Muslimbrüdern. Viele dieser Islamisten wurden zuvor aus dem Gefängnis entlassen, um sich den ägyptischen Expeditionstruppen anzuschließen. Sie sind religiöse Eiferer ohne militärische Erfahrung.

Die militärische Ineffizienz der kleinen syrischen Einheit löst auf jüdischer Seite sogar Überlegungen aus, die Grenze zu Syrien zu überschreiten und die Golanhöhen zu besetzen. Der noch kleinere libanesische Verband, die gesamte libanesische Armee verfügt zu diesem Zeitpunkt über lediglich 3.500 Mann, bleibt von vornherein größtenteils im Libanon und sucht dort, die Grenzdörfer zu schützen.

Die irakischen Truppen, deren Rückgrat von einer Panzergrenadierbrigade mit einer Personalstärke von 3.000 Mann gebildet wird, haben den Befehl, sich an die jordanisch-israelischen Vereinbarungen zu halten. Das heißt, Israel nicht anzugreifen und König Abdallah zu unterstützen. Allerdings missachtet die militärische Führung vor Ort die Vorgaben der Politik. Dadurch können 15 Dörfer im Wadi Ara verteidigt werden und so der Vertreibung entgehen. 1949 wird das Gebiet von Jordanien im Rahmen eines bilateralen Waffenstillstandsabkommens an Israel abgetreten.

Unzureichende Koordination der einzelnen nationalen Armeeverbände untereinander und knapper Waffen- und Munitionsbestand verhindern jeglichen dauerhaften Erfolg der arabischen Truppen. Der Krieg endet im Frühjahr 1949 mit einer Reihe von Waffenstillstandsverträgen und der Festlegung der Waffenstillstandslinie (Grüne Linie).²²

Kein Staat Palästina

Es entsteht kein palästinensischer Staat, das dafür vorgesehene Gebiet wird von Israel, Jordanien und Ägypten besetzt.

Das zionistische Israel kontrolliert nun etwa Dreiviertel des ehemaligen britischen Mandatsgebiets Palästina. Hunderttausende Menschen sind vertrieben, das Westjordanland und Ostjerusalem werden Teil von Transjordanien, der Gazastreifen gerät unter ägyptische Kontrolle. Die Waffenstillstandslinie bleibt bis zum Sechstagekrieg 1967 bestehen. In dessen Verlauf verschiebt Israel die Grenzen und besetzt das Westjordanland, den Gazastreifen, Ostjerusalem, die Golanhöhen und die Sinai-Halbinsel. Auf der Grundlage des Friedensvertrages von Camp David wird der Sinai zwischen 1980 und 1982 in mehreren Schritten an Ägypten zurückgegeben.

Streben nach Großisrael

Das Staatsgebiet von Israel, ohne die besetzten Gebiete, umfasst heute etwa 21.000 km². Es ist damit lediglich ein wenig größer als Niederösterreich, vergleichbar mit der Fläche von Sachsen-Anhalt respektive Hessen oder halb so groß wie die Schweiz.

Seit den 1920er Jahren streben große Teile der zionistischen Bewegung nach einem jüdischen Staat beidseits des Jordans. Heute sind es zionistische rechtsradikale Politiker, religiöse Siedler und ihre evangelikalen Unterstützer, die ein Großisrael fordern. Es umfasst in seiner Minimalvariante das Land zwischen Mittelmeer und Jordanfluss – einschließlich des derzeit besetzten Westjordanlandes (Judäa und Samaria) und Gaza. In der Maximalvariante werden unter Großisrael auch Teile Jordaniens, des Libanons, Syriens und Ägyptens verstanden. Israels Finanzminister Bezalel Smotrich erweitert diesen Anspruch sogar noch um Teile des Iraks und Saudi-Arabiens.

Viele Juden, die ein Großisrael anstreben, sehen ihre Forderung von der Thora unterstützt. So heißt es in deren erstem Buch in der Genesis 15,18: *„An demselben Tage machte der Herr mit Abraham einen Bund, also: Deinen Nachkommen gebe ich dieses Land vom Strome Ägyptens [Nil] bis an den großen Strom, den Strom Euphrat.“*

22 Illan Pappé: Die ethnische Säuberung Palästinas. Westend, 4. Auflage 2024, S. 177 ff.

Jüdische Minderheiten in Israel

Mizrahim

Im Irak leben Anfang der 1940er Jahre um die 135.000 *Mizrahim* (Leute aus dem Osten / Juden aus islamischen Staaten). Ihre Wurzeln gehen bis auf das babylonische Exil, beginnend 597 v. Chr., zurück. Im Juni 1941 fallen in Bagdad mindestens 170 jüdische Männer und Frauen einem Pogrom, das als *Farhud* (arabisch für „gewalttätige Enteignung“) bezeichnet wird, zum Opfer.

Die Ursachen sind vielfältig, unter anderem bieten die Auswirkungen der jüdisch-zionistischen Politik in Palästina und der wachsende arabische Nationalismus den Nährboden für Aggression und Hass. Auch das vorübergehende Machtvakuum nach der Niederschlagung eines durch die Nationalsozialisten unterstützten Militärputsches gegen den probritischen irakischen König Faisal II. spielt eine zentrale Rolle. Nach dem Pogrom gelangen einige tausend Juden und Jüdinnen mit Hilfe von Agenten der *Hagana* via Kurdistan nach Palästina. Ihre starke jüdisch-arabische Identität lässt die meisten *Mizrahim* vorerst im Land verweilen. Der *Farhud* bedeutet allerdings einen tiefen Riss in der jahrtausendealten Beziehung von Juden und Arabern im Irak.

Nach der Staatsgründung Israels 1948 wird die Situation der *Mizrahim* in ihren arabisch/nordafrikanischen Heimatländern nochmals schwieriger. Nicht zuletzt der Anspruch Israels, der Staat aller Juden zu sein, bietet arabischen Politikern Angriffsfläche. Sie bezeichnen die vor Ort lebende autochthone jüdische Bevölkerung als fünfte Kolonne des Zionismus bzw. Israels. Es kommt zu Gewaltausbrüchen und Toten. Juden und Jüdinnen sind mit Ausreisebeschränkungen, Enteignungen und Verhaftungen sowie Anschlägen gegen jüdische Einrichtungen vom Irak über Ägypten bis Nordafrika konfrontiert.

Historiker wie Avi Shlaim, Yakov Rabkin und Moshe Gat gehen davon aus, dass neben der Gewalt von muslimischer Seite auch zionistische Agenten vor Ort für Drohungen, Gerüchte und Gewaltakte bis hin zu Anschlägen verantwortlich sind. Ihr Ziel ist es, die Mitglieder der jüdischen Gemeinden, viele von ihnen fühlen sich mit ihrer arabischen Heimat tief verbunden, auf diesem Weg vermehrt zur Flucht nach Israel zu motivieren.

Letztlich entschließen sich in den Jahren 1950 bis 1952 zwischen 600.000 und 700.000 *Mizrahim*, ihre Heimat zu verlassen. In diesen drei Jahren emigriert unter anderem fast die gesamte irakisch-jüdische Gemeinde unter Aufgabe ihrer bisherigen Staatsbürgerschaft nach Israel.

Aschkenasim versus Mizrahim

Das Verhältnis zwischen *Aschkenasim* (europäischen Juden) und *Mizrahim* in Israel ist bis heute von sozioökonomischer Ungleichheit und kulturellen Vorurteilen gekennzeichnet. Die *Aschkenasim* dominieren vor allem in den Anfangsjahren Israels in Politik, Wirtschaft und Kultur. Von der israelischen Propaganda oft als primitiv, faul und arabernah dargestellt, sind die *Mizrahim* in Israel vielfältigen Benachteiligungen ausgesetzt.

Aktuell stellen die *Mizrahim* etwas mehr als die Hälfte der israelischen Bevölkerung, und ihre Lage hat sich wesentlich verbessert. Allerdings sind sie bis heute teilweise mit unzureichenden Bildungschancen, geringen Löhnen und Vorurteilen konfrontiert.

Eingeschrieben in die Erinnerung der *Mizrahim* bleibt bis heute die *Yemenite Children Affair*. In deren Verlauf werden in den 1950er Jahren jemenitischen und anderen mizrachischen Einwanderern Babys und Kleinkinder weggenommen. Unterschiedliche Schätzungen sprechen von 1.000 bis 5.000 Kindern. Viele von ihnen werden von aschkenasischen Familien adoptiert. Den leiblichen Eltern wird das Schicksal ihrer Kinder vorenthalten. Erst 2021 erhalten über 1.000 Familien eine Entschädigung. Auf eine offizielle Entschuldigung warten sie bis heute.

Beta Israel und Falas Mura

Dramatisch gestaltet sich gegenwärtig vor allem die Situation der äthiopischen Juden. Seit den 1980er Jahren sind im Verlauf mehrerer Migrationswellen circa 100.000 Juden aus Äthiopien, die als *Beta Israel* bezeichnet werden, sowie *Falas Mura*, Nachfahren von Juden, welche zum Christentum konvertierten, nach Israel eingereist. Derzeit leben insgesamt an die 180.000 von ihnen im Land. Zahlreiche Israelis sehen die äthiopischen Juden als Bürger zweiter Klasse. Sie leiden unter Rassismus, Vorurteilen und Segregation. Viele von ihnen leben unter der Armutsgrenze, sind arbeitslos oder arbeiten im Niedriglohnbereich.

Diskriminierende Gesetze

In Israel und den besetzten Gebieten lebt die palästinensische Bevölkerung laut *Amnesty International* und *Human Rights Watch* unter Bedingungen der Apartheid. Palästinenser und Palästinenserinnen sind nicht nur in den besetzten Gebieten weit davon entfernt, über die gleichen Rechte wie jüdische Bürger zu verfügen.

In Israel

Das Nationalstaatsgesetz von 2018 definiert Israel ausschließlich als nationale Heimat des jüdischen Volkes und das Recht auf nationale Selbstbestimmung ist einzig für das jüdische Volk vorgesehen. Arabisch, die Muttersprache von mehr als einem Fünftel der Bevölkerung Israels, ist auf einen Sonderstatus zurückgestuft.

Jüdische Siedlungen und Gemeinden erfahren gegenüber palästinensisch/arabischen Ortschaften eine weitgehende Bevorzugung in wirtschaftlichen, sozialen und politischen Aspekten.

Das Absorptionsgesetz ermöglicht Juden und Jüdinnen weltweit automatische Einbürgerung in Israel, verweigert palästinensischen Flüchtlingen aber das Rückkehrrecht.

Das Gesetz über die Einreise nach Israel verbietet Palästinensern aus dem Westjordanland und Gaza dauerhaft Aufenthalts- oder Einbürgerungsrechte bei Ehen mit israelischen Bürgern.

Das Gesetz über das Eigentum von Abwesenden versetzt den Staat Israel in die Lage, Grundbesitz von Vertriebenen oder Geflohenen zu enteignen.

In den besetzten Gebieten

In den besetzten Gebieten gilt für die palästinensische Bevölkerung das Militärrecht. Die illegalen jüdischen Siedler im Westjordanland sind davon ausgenommen, sie unterliegen ausschließlich dem zivilen Recht.

Militärverordnungen ermöglichen jederzeitige Hausdurchsuchungen, Hausabrisse als Strafe und verbieten Versammlungen über 10 Personen ohne Genehmigung.

Siedlungsgesetze sowie Landbeschlagnahme bieten Gelegenheit, jüdisches Siedlungsgebiet im Westjordanland und Ostjerusalem auszuweiten. Privates palästinensisches Land kann als „Staatsland“ klassifiziert werden. Zugleich sind bis zu 40 % des Westjordanlandes von einem Verbot palästinensischer Verbauung betroffen.

Zahlreiche Straßen im Westjordanland dürfen ausschließlich von israelischen Fahrzeugen befahren werden. Diese Trassen zerschneiden das palästinensische Siedlungsgebiet und beeinträchtigen Arbeit und Handel. Auch die Mauer um Gaza und die zahlreichen Checkpoints in und um die besetzten Gebiete erschweren den Alltag der Menschen immens.

Die Regierung unter Ministerpräsident Benjamin Netanjahu hat Finanzminister Bezalel Smotrich mit umfassenden Kompetenzen für das Westjordanland ausgestattet. Unter Smotrichs Zuständigkeit fallen Baugenehmigungen, Infrastruktur, Siedlungsausbau und Wasserzuteilung im Großteil des besetzten Gebiets. Ein Politiker, der sich selbst als Faschist, rechtsextrem, homophob und rassistisch bezeichnet und am 28. November 2023 gegenüber der *Times of Israel* folgende Aussage macht: „*There are 2 million Nazis in Judea and Samaria, who hate us exactly as do the Nazis of Hamas-ISIS in Gaza.*“²³

Todesstrafe und Administrativhaft

Tod durch den Strang; allerdings de facto nur für Palästinenser. Ende März hat die *Knesset* das „Gesetz zur Ausweitung der Todesstrafe“ verabschiedet. Der Kern des Gesetzes besagt, dass bei tödlichen Anschlägen mit politischen Zielen, die sich gegen Juden respektive den Staat Israel richten, die Todesstrafe zu verhängen ist.

Das Gesetz ermächtigt Militärgerichte, Todesurteile gegen palästinensische Zivilpersonen zu verhängen. Diese können nicht in eine Haftstrafe umgewandelt werden, und das Urteil muss innerhalb von 90 Tagen nach dem rechtskräftigen Entscheid vollstreckt werden. Dies ist umso dramatischer, da die Militärgerichte eine Verurteilungsquote von über 99 % der palästinensischen Angeklagten aufweisen.

23 Times of Israel: ‚There are 2 million Nazis’ in West Bank, says far-right Finance Minister Smotrich. <https://www.timesofisrael.com/there-are-2-million-nazis-in-west-bank-says-far-right-finance-minister-smotrich/> [12.06.2026].

Im Westjordanland sind israelische Staatsbürger, seien es Soldaten oder Siedler, ausdrücklich von der Todesstrafe ausgenommen.

Laut *Amnesty International* verstoßen die Bestimmungen des Gesetzes „... gegen Vorgaben der Vierten Genfer Konvention, der UN-Antifolterkonvention und des Internationalen Pakts über bürgerliche und politische Rechte (Zivilpakt) und widersprechen grundlegend dem Geist der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte“²⁴. Noch steht die Entscheidung des Höchstgerichts aus, und es besteht die Möglichkeit, dass dieses implizit rassistische Gesetz aufgehoben wird.

Bereits seit 1967 erlauben Militärverordnungen, Palästinenser in Administrativhaft zu nehmen. Damit können Menschen bis zu sechs Monate ohne Anklage und Prozess inhaftiert werden. Die Administrativhaft kann unbegrenzt oft verlängert werden. Sie bedeutet, monatelang bis jahrelang eingesperrt zu sein, meist keine Besuche und lediglich stark eingeschränkte anwaltliche Vertretung zu erhalten.

Annähernd 3.500 Menschen befinden sich in Israel in Administrativhaft. Zusätzlich gibt es über 1.200 als „unrechtmäßige Kombattanten“ eingestufte Häftlinge (hauptsächlich aus Gaza), die einer noch strengeren Form des Gefängnisregimes ohne Aussicht auf einen Prozess ausgeliefert sind. Insgesamt befinden sich laut *Wafa* (Palästinensische Nachrichten- und Informationsagentur) knapp unter 10.000 Palästinenser, davon ungefähr 53 Frauen und 350 Kinder, in israelischen Gefängnissen.

Jüdischer Antizionismus

Aus religiösen Gründen wird die *Alija* – der Zionismus versteht unter *Alija* die „jüdische Einwanderung“ nach Palästina bzw. seit 1948 nach Israel – nur mehr von einer kleinen Gruppe innerhalb der *Charedim*, der ultraorthodoxen Juden, abgelehnt.

Die ursprünglich weit verbreitete Ablehnung des Zionismus unter Juden beruht nicht nur auf religiösen, sondern auch auf politisch-gesellschaftlichen Motiven.

Die Französische Revolution ist ein zentraler Moment in der Geschichte der Emanzipation der Juden. Sie bildet die Grundlage für ihre Rechtsgleichheit in den Nationalstaaten als Citoyens, also als Bürger. 1789 wird die Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte durch die französische Nationalversammlung verabschiedet. In ihr sind in 17 Artikeln die Menschen- und Bürgerrechte festgeschrieben, die jedem männlichen, Steuern zahlenden Franzosen zuerkannt werden. Zwei Jahre später, 1791, beschließt die Nationalversammlung, den Juden volle Menschen- und Bürgerrechte zu gewähren. Ab diesem Zeitpunkt sind sie, sofern sie einen Eid auf die Verfassung leisten, französische Bürger mit allen Rechten.

Zahlreiche europäische Länder folgen diesem Beispiel im Verlauf des 19. Jahrhunderts. Russland, es umfasst bis 1917 das heutige Baltikum, Finnland, Kongresspolen, Litauen, Belarus, den größten Teil der Ukraine und Moldau, bildet allerdings eine Ausnahme. Juden erhalten erst mit der

24 Ausweitung der Todesstrafe in Israel: Offener Brief an die Bundesregierung und an den Bundestag. <https://www.amnesty.de/aktuell/israel-todesstrafe-offener-brief> [12.06.2026].

Februarrevolution 1917 und dem Sturz des Zaren die vollen Bürgerrechte. Diese Entwicklung ermöglicht es zahlreichen Juden, sich zu emanzipieren. Sie integrieren sich in ihre jeweiligen Nationalstaaten. Daher wollen viele von ihnen keinesfalls hören, sie seien Teil einer anderen, der jüdischen Nation. Sie verstehen den Zionismus als die Spielart einer antisemitischen Botschaft: Ihr seid nicht Teil unserer Gesellschaft, geht nach Palästina.

Auch die linke, sozialistische und kommunistische Bewegung unter dem jüdischen Proletariat lehnt den Zionismus ursprünglich größtenteils ab. Sie sehen in ihm ein bürgerlich-nationalistisches Projekt, das die Arbeiterschaft nur vom Kampf für ihre Rechte im eigenen Land ablenkt.

Von Brit Shalom zu A Land for All

Selbst unter den Zionisten verfolgen nicht alle das ausschließende Konzept eines jüdischen Nationalstaates. Immer wieder gibt es Menschen und Organisationen, die für einen gemeinsamen binationalen Staat von Palästinensern und Juden eintreten. *Brit Shalom* (Friedensbund) ist eine der größten und entfaltet seine Tätigkeit in der britischen Mandatszeit. Sein in Europa wohl bekanntester Vertreter ist der in Wien geborene jüdische Religionsphilosoph Martin Buber.

Auch der Zionist und Pazifist Judah Magnes, er ist Mitbegründer der Hebräischen Universität und von 1925 bis zu seinem Tod 1948 ihr Präsident, bemüht sich um ein Miteinander der Menschen. Er sieht die Zukunft Palästinas und Israels weder als jüdisch noch als arabisch/palästinensisch. Vielmehr befürwortete er einen binationalen Staat mit gleichen Rechten für alle Bürger.

Jüdische Intellektuelle wie Hannah Arendt und Albert Einstein, welche die ethnische Exklusivität und den Militarismus des Zionismus verurteilen, engagieren sich ebenfalls für ein egalitäres Miteinander. Im Dezember 1948 veröffentlichen die beiden, gemeinsam mit einer Reihe weiterer Persönlichkeiten, einen offenen Brief an die *New York Times*.²⁵ In ihm kritisieren sie den Besuch von Menachem Begin, dem Führer der Partei *Herut*, in den USA. Sie bezeichnen deren Methoden, auch unter Berufung auf Ereignisse wie das Massaker von Deir Yassin, als faschistisch. Die in dem offenen Brief kritisierte *Herut* ist 1973 an der Gründung des rechtskonservativen, nationalistischen und zionistischen *Likud* maßgeblich beteiligt, und Menachem Begin wird der erste Vorsitzende der neuen Partei.

Heute sind es Organisationen wie *A Land for All*, die dieser Tradition folgen und sich für einen gemeinsamen bzw. binationalen Staat beziehungsweise für eine föderale oder konföderale Lösung in Palästina einsetzen.

Vereint gegen den Zionismus

Im Weltjudentum – in Israel lebt heute ungefähr die Hälfte der 16,5 Millionen Juden und Jüdinnen – wächst die Kritik am Zionismus und der israelischen Regierung.

25 Albert Einstein, Hanna Arendt, u. a.: Brief an die New York Times, 4. Dezember 1948. <https://www.lebenshaus-alb.de/magazin/005057.html> [15.06.2026].

Gegenwärtig ist der Zionismus in den USA insbesondere unter der jungen jüdischen Bevölkerung kaum mehr mehrheitsfähig. So geben in einer Umfrage des *Jewish Electoral Institute* aus dem Jahr 2021 38 % der jungen amerikanischen Juden an, dass sie Israel für einen Apartheidstaat halten.²⁶

Bisher wird dieser Wandel in Europa und insbesondere im deutschsprachigen Raum von den Medien kaum widergespiegelt. Trotzdem stellen sich auch in Europa Juden und Jüdinnen der Aufgabe, den Zionismus sowie ihre Opferrolle und den Glauben, alles, was man anderen antut, sei Selbstverteidigung, zu hinterfragen.

Ebenso erkennen weltweit immer mehr Menschen unterschiedlichster Ethnien und sozialer Gruppen, dass es nicht antisemitisch ist, den Zionismus als Staatsdoktrin Israels abzulehnen; die Ideologie einer völkermörderischen Besatzungsmacht, die dem Frieden im Nahen Osten und der gleichberechtigten Teilhabe aller Bürger im Wege steht. Auch der bewaffnete Kampf gegen den Zionismus ist nicht per se antisemitisch oder terroristisch. In zahlreichen UN-Resolutionen wird der Kampf von Befreiungsbewegungen gegen koloniale Strukturen, Fremdherrschaft oder Apartheid „mit allen verfügbaren Mitteln“ anerkannt, solange er das humanitäre Völkerrecht beachtet. Was eine Befreiungsbewegung und was eine Terrororganisation oder Staatsterrorismus ist, ist letztlich vor allem eine politische Entscheidung.

Ernst gemeinter Antifaschismus kämpft gegen jede Form von Rassismus und Unterdrückung und setzt sich für Gleichheit und Demokratie ein. Insofern ist er mit dem Antizionismus aufs Engste verbunden.

Ein gemeinsamer Staat?

Die Zweistaatenlösung für Palästina geht auf Vorschläge der *Palestine Royal Commission (Peel-Kommission)* aus dem Jahre 1937 und den UN-Teilungsplan von 1947 zurück. Sie wird bis heute von westlichen Politikern und Politikerinnen in Sonntagsreden ins Spiel gebracht. Unerwähnt bleibt dabei unter anderem meist das Problem der hunderttausenden illegalen jüdischen Siedlungen im Westjordanland, deren Auflösung im Rahmen einer Zweistaatenlösung aller Wahrscheinlichkeit nach einen jüdischen Bürgerkrieg auslösen würde.

Da immer mehr Menschen begreifen, dass die Zweistaatenlösung in eine politische Sackgasse führt, gewinnen alternative Ideen an Bedeutung. Diese bewegen sich von der klassischen Einstaatenlösung – sie stellt in der bisherigen Diskussion ein Randphänomen dar – bis hin zu föderalen oder konföderalen Modellen:

So plädiert der Philosoph Omri Boehm für eine Einstaatenlösung im Rahmen einer Föderation zwischen Israel und dem Staat Palästina. Seine Zukunftsvision für einen binationalen Bundesstaat für Juden und Palästinenser kann in seinem Buch „Israel – eine Utopie“ nachgelesen werden.

²⁶ Jewish Electorate Institute. <https://www.jewishelectorateinstitute.org/p6971> [13.06.2026].

Die palästinensisch-israelische Bewegung *A Land for All: Two States. One Homeland*²⁷ tritt ebenfalls für ein binationales Modell mit geteilter Souveränität ein. Allerdings für eine Konföderation mit zwei souveränen Staaten (Israel/Palästina) innerhalb der Grenzen von 1967, aber mit Freiheit der Bewegung und des Wohnsitzes im gesamten Gebiet.

Die *Israeli-Palestinian Confederation*²⁸ (IPC) wiederum hat das Modell eines gemeinsamen demokratischen Regierungsrahmens für Israelis und Palästinenser entwickelt. Wobei die IPC nicht einen Staat statt zweier Staaten vor Augen hat, sondern eine gemeinsame politische Ebene über zwei bestehende nationale Ordnungen schaffen will. Ihr Ziel ist es, „*in einer demokratischen, gleichberechtigten und offenen Gesellschaft*“ zusammenzuleben. Zentral geht es dabei um einen Mechanismus, die großen Streitfragen des Konflikts gemeinsam zu bearbeiten und so Frieden und Wohlstand zu fördern.

Die jüdische Bevölkerung Israels wird sich der Frage stellen müssen, ob sie einen Staat für Jüdinnen und Juden anstrebt, der den Menschenrechten, der Gleichberechtigung und der Demokratie verpflichtet ist, oder ob sie weiterhin einen jüdischen Staat zionistischer Prägung favorisiert, dessen Grundordnung durch Kolonialismus, Rassismus und ethno-nationalistische Prinzipien gekennzeichnet ist.

Europa an der Seite des Zionismus

Statt nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs die Entnazifizierung konsequent voranzutreiben und den Migranten sowie Überlebenden aus den Konzentrationslagern ein sicheres und gleichberechtigtes Leben in Europa zu ermöglichen, präferiert die europäische Politik nach 1945 Israel als Zufluchtsort für Juden und Jüdinnen.

Für europäische, insbesondere deutsche und österreichische Politiker, bietet die Unterstützung des Zionismus eine vermeintliche Perspektive, historische Schuld abzubauen. Letztlich geht es um Interessen von Staaten und ihren Eliten. Die EU hat mit Israel einen strategischen Partner im Nahen Osten und ist in den letzten Jahren zum wichtigsten Warenhandelspartner Israels aufgestiegen. Dabei spielen Waffen für Israel eine bedeutende Rolle. So entfielen zwischen 2020 und 2024 33 % der gesamten israelischen Waffenimporte auf Deutschland. Der Großteil, nämlich 91 %, wurde laut Sipri in Form von Fregatten und Torpedos für die israelische Marine geliefert. 8,5 % der Importe umfassten Motoren für gepanzerte Fahrzeuge.²⁹

27 Land for All: Two States. One Homeland. <https://www.2s1h.org/en> [15.06.2026].

28 Israeli-Palestinian Confederation (IPC). <https://ipconfederation.org/> [15.06.2026].

29 Sipri: How top arms exporters have responded to the war in Gaza: 2025 update. <https://www.sipri.org/commentary/topical-backgrounder/2025/how-top-arms-exporters-have-responded-war-gaza-2025-update> [15.06.2026].

Instrumentalisierter Antisemitismus

Bis heute unterstützt die „westliche Wertegemeinschaft“ unter dem Deckmantel des Kampfes gegen Antisemitismus und Faschismus den zionistischen Staat, ein von seinen Wurzeln her koloniales, rassistisches und ethno-nationalistisches Projekt.

Die in Deutschland und Österreich im Zusammenhang mit Israel verordnete Staatsräson ist vor allem der Versuch, die klare Sicht auf den Staat Israel und die eigene einseitige und fehlgeleitete Nahostpolitik zu verschleiern, sich als antifaschistisch zu gerieren und damit jeden Widerspruch zu tabuisieren.

Der Begriff Antisemitismus wird von politischen Akteuren und Medien oft instrumentalisiert, um antizionistische und propalästinensische Äußerungen zu diskreditieren. Dabei machen sie selbst vor jüdischen Persönlichkeiten und Organisationen nicht halt. So wird die jüdische Philosophin und scharfe Israelkritikerin Judith Butler immer wieder als Antisemitin denunziert, und im deutschen Verfassungsschutzbericht 2024 ist der Verein *Jüdische Stimme für gerechten Frieden in Nahost*³⁰ als „gesichert extremistisch“ eingestuft.

Wie anmaßend, wenn jüdische Identität, von wem auch immer, auf die Unterstützung des Staates Israel reduziert wird – eine Sichtweise, die immer mehr Juden und Jüdinnen ablehnen. Es ist aberwitzig, wenn Politiker und Medienvertreter vorgeben zu wissen, was einen guten Juden ausmacht, nämlich dem Nationalstaat Israel die Treue zu schwören.

Für alle, die aktuelle Informationen über Israel aus erster Hand suchen, bieten sich *Arutz Sheva*³¹ (*Israel National News*), das Sprachrohr der jüdischen Siedler, und die Zeitung *Haaretz*³², sie gilt als kritische Instanz der israelischen Gesellschaft, an. Beide zeigen aus jeweils konträrer Position einen interessanten Einblick in die Gedankenwelt des Zionismus und der israelischen Gesellschaft.

Das Schweigen durchbrechen

Europäische Politiker setzen sich immer wieder lautstark für die Menschenrechte und das Völkerrecht ein. Über die Verletzung dieser Rechte durch Israel breiten sie allerdings gerne den Mantel des Schweigens. Zugleich versuchen sie, das Leid der Opfer dieser Politik zu relativieren und die Arbeit der Solidaritätsbewegung für Palästina zu diskreditieren. Damit wirkt diese Politik an der Fortdauer eines zutiefst rassistischen und menschenverachtenden Systems mit.

Amnesty Österreich stellt in seinem Bericht „Die Meinungsfreiheit ist hochgradig selektiv: Wie Österreich Solidarität mit Palästinenser*innen beschränkt“³³ die Verletzung der Meinungsäußerungs- und Versammlungsfreiheit während des anhaltenden Genozids in Gaza fest: „Betroffen waren vor allem Menschen, die sich in den letzten zwei Jahren für die Menschenrechte

30 Die Jüdische Stimme für gerechten Frieden in Nahost. <https://www.juedische-stimme.de/> [11.06.2026].

31 Arutz Shewa – Israel National News. <https://www.israelnationalnews.com/> [11.06.2026].

32 Haaretz – Israel News, the Middle East and the Jewish World. <https://www.haaretz.com/> [11.06.2026].

33 https://cdn.amnesty.at/media/haek4lqe/amnesty-bericht_oesterreich_die-meinungsfreiheit-ist-hochgradig-selektiv_2026-03.pdf [18.06.2026].

*der Palästinenser*innen einsetzen und den Genozid anprangerten. Die Folgen waren Selbstzensur, vorseilender Gehorsam und immer weniger Raum für Solidarität mit Palästinenser*innen.* ³⁴

Damit der Frieden eine Chance hat und das Ende der Besetzung in Palästina eingeläutet wird, führt kein Weg am weltweiten Widerstand gegen die Politik des Zionismus vorbei.

Kunst und Kultur bauen Brücken

Parallel dazu kann Kunst und Kultur Brücken bauen und dabei helfen, gemeinsam Lösungsansätze zur Überwindung von Konflikten zu erarbeiten und den Weg in Richtung Versöhnung zu ebnen. Seit vielen Jahren sind Menschen und Organisationen in diesem Sinn in Israel, Palästina und rund um die Welt engagiert. Stellvertretend für viele weitere Projekte drei Beispiele:

*Pro Peace*³⁵ unterstützt in Israel und Palästina Initiativen, die Kunst und Medien als Methoden der Konflikttransformation verwenden.

Das Projekt *The Art Road to Peace* des Vereins *TAMAD*³⁶ bringt seit vielen Jahren jüdische, muslimische und christliche Kinder und Jugendliche aller sozialen Schichten im Museum zusammen.

Der Pianist und Dirigent Daniel Barenboim und der 2003 verstorbene Literaturwissenschaftler Edward Said gründen 1999 das *West-Eastern Divan Orchestra*³⁷, um junge arabische und israelische Musikerinnen und Musiker zusammenzubringen. Die Eröffnung der Barenboim-Said-Akademie folgt 2015.

Was tun?

Wer universellen Werten wie Frieden und Gleichberechtigung verpflichtet ist, sollte sich nicht wegducken, sondern entschlossen für ein Ende der Besetzung sowie einen palästinensischen Staat eintreten. Aktionen und Demonstrationen sind dabei ein zentrales Element, um westliche Politiker und Regierungen zu veranlassen, ihr Handeln konsequent an den von ihnen behaupteten Prinzipien von Demokratie und Menschenwürde auszurichten.

Vereine und Organisationen, die sich im Bereich der Palästina-Solidarität³⁸ engagieren, bieten ein breites Spektrum an Unterstützungsmöglichkeiten.

34 <https://www.amnesty.at/presse/einsatz-fuer-menschenrechte-der-palaestinenser-innen-unerwuenscht-amnesty-stellt-verletzung-der-meinungsauesserungs-und-versammlungsfreiheit-in-oesterreich-fest> [18.06.2026].

35 Pro-Peace Kunst und Medien als Sprache des Friedens. <https://www.propeace.de/de/israel-palaestina/kunst-als-sprache-des-friedens> [18.06.2026].

36 TAMAD: Über den Weg der Kunst zu Verständigung und Frieden. <https://www.tamad.org/> [18.06.2026].

37 Barenboim-Said-Akademie. <https://www.barenboimsaid.de/de> [18.06.2026].

38 Palästina-Solidarität-Österreich. <https://www.palaestinasolidaritaet.at/> [18.06.2026].

Palästina-Solidarität-Deutschland. <https://palaestina-solidaritaet.de/> [18.06.2026].

Swiss-Palestine-Network. <https://swiss-palestine-network.ch/de/> [18.06.2026].

Eine weitere Option, seinen politischen Willen zu bekunden, ist die Unterzeichnung der „Europäischen Bürgerinitiative zur Aussetzung des Handelsabkommens zwischen der EU und Israel“³⁹. Unter ihren Befürwortern befinden sich mehr als 400 hochrangige ehemalige Diplomaten, Politiker und EU-Beamte sowie 60 NGOs. Die Bürgerinitiative hat Mitte April 2026 europaweit bereits die Schwelle von einer Million Unterschriften überschritten und kann bis Jänner 2027 unterzeichnet werden.

Auch Spenden an internationale Organisationen, die in Gaza oder dem Westjordanland arbeiten, wie es beispielsweise *Ärzte ohne Grenzen*⁴⁰ seit 1989 tun, können helfen. Die Mitarbeit in Menschenrechtsgruppen wie *Amnesty International*⁴¹ bietet ebenfalls eine Möglichkeit, sich für Gerechtigkeit in Palästina einzusetzen.

Nachbemerkung: Es ist die Aufgabe der nachfolgenden Generationen, die Lehren aus Mauthausen, Buchenwald und Auschwitz niemals zu vergessen. Als Europäerinnen und Europäer sollten wir allerdings auch nicht übersehen, dass die Palästinenser und Palästinenserinnen und die Bevölkerung des gesamten Nahen Ostens bis heute für unsere Fehler einen hohen Preis zahlen.

39 <https://eci.ec.europa.eu/055/public/#/screen/home> [12.06.2026].

40 <https://www.aerzte-ohne-grenzen.at/> [12.06.2026].
<https://www.aerzte-ohne-grenzen.de/> [12.06.2026].

41 <https://www.amnesty.org/en/> [12.06.2026].

Weiterführende Literatur

Zionismus

The Making of Modern Zionism: The Intellectual Origins of the Jewish State. Basic Books 2017.

Khalidi, Rashid: Der Hundertjährige Krieg um Palästina. Eine Geschichte von Siedlerkolonialismus und Widerstand. Unionsverlag 2025.

Laqueur, Walter: Der Weg zum Staat Israel. Geschichte des Zionismus. Europaverlag 1972.

Pappé, Ilan: Eine sehr kurze Geschichte des Israelisch-Palästinensischen Konflikts. Books on Demand 2025.

Schäfer, Barbara, Hrg.: Historikerstreit in Israel. Die 'neuen' Historiker zwischen Wissenschaft und Öffentlichkeit. Mit Beiträgen von Benny Morris, Ilan Pappé, Uri Ram, u. a. Campus-Verlag 2000.

Sternhell, Ze'ev: Die Gründungsmythen Israels: Nationalismus, Sozialismus und die Entstehung des jüdischen Staates. Suhrkamp 1999.

Weiß, Volker: Moses Hess. Rheinischer Jude, Revolutionär, früher Zionist. Greven 2015.

Shindler, Colin: The Rise of the Israeli Right: From Odessa to Hebron. Cambridge University Press 2015.

Wild, Petra: Die Krise des Zionismus und die Ein-Staat-Lösung. Zur Zukunft eines demokratischen Palästinas. Promedia 2015.

Sand, Shlomo: Balfours Geschenk: Zwei „Protestanten“ und der Kolonialismus im Nahen Osten, in: Die Erfindung des Landes Israel. Mythos und Wahrheit. List Verlag 2014.

Grundlagentexte des Zionismus. Ein Projekt von haGalil e.V. mit Unterstützung der Bundeszentrale für politische Bildung. <https://www.hagalil.com/zionismus/grundlagentexte-des-zionismus/>

Jüdischer Antizionismus

Butler, Judith: Am Scheideweg. Judentum und die Kritik am Zionismus. Campus 2013.

Rabkin, Yakov: Im Namen der Thora. Die jüdische Opposition gegen den Zionismus. Verlag fifty-fifty 2020.

Verleger, Rolf: Israels Irrweg. Eine jüdische Sicht. PapyRossa 2010.

Lutz Fiedler: Matzpen. Eine andere israelische Geschichte (= Schriften des Simon-Dubnow-Instituts. Nr. 25). 1. Auflage. Vandenhoeck & Ruprecht 2016.

Der Große Arabische Aufstand 1936–1939

Ghassan, Kanafani: The Revolution of 1936–1939 in Palestine Background, Details, and Analysis. Verlag 1804 Books 2023.

Kessler, Oren: Palästina 1936. Der große Aufstand und die Wurzeln des Nahostkonflikts. Hanser 2025.

Segev, Tom: Es war einmal ein Palästina. Juden und Araber vor der Staatsgründung Israels. Siedler 2005.

Ethnische Säuberung Palästinas

Morris, Benny: Die Geburt des palästinensischen Flüchtlingsproblems 1947–1949. Campus 2002.

Morris, Benny: 1948: Der erste arabische-israelische Krieg. Campus 2014.

Segev, Tom: 1949: Die ersten Israelis. Hanser 1999.

Shlaim, Avi: Der eiserne Vorwand: Israel und die arabische Welt. Campus 2002.

Haganah, Irgun, Lehi

Bell, J. Bowyer: Terror Out of Zion: Irgun Zvai Leumi, LEHI, and the Palestine underground 1929–1949. St. Martin's Press 1977.

Sachar, Howard M.: A History of Israel: From the rise of Zionism to our time. 3rd edition 2007.
<https://archive.org/stream/HistoryOfIsraelFromTheRiseOfZionismToOurTimeAHowardMSachar1977/>

Israelische Geheimdienste

Bar-Zohar, Michael / Mishal, Nissim: Mossad: Missionen des israelischen Geheimdienstes. Bastei Lübbe 2016.

Bergman, Ronen: Der Schattenkrieg. Israel und die geheimen Tötungskommandos des Mossad. Buchverlag 2015.

Moreh, Dror: The Gatekeepers. Aus dem Inneren des israelischen Geheimdienstes. Kiepenheuer & Witsch 2019.

Ergänzende Literaturliste

Zusätzliche Literaturhinweise und eine Zusammenstellung von Onlinebeiträgen von Moshe Zuckermann, Rolf Verleger, Jeffrey Sachs, Michael Lüders und vielen anderen finden Sie auf dieser Website im Blogbeitrag „Israel und Palästina – Zionismus versus Antizionismus“.

<https://buecherschmaus.wien/israel-palaestina-zionismus-antizionismus/>